

Erklärung der Bundesregierung zum Stand der Agenda 2000 nach dem Rücktritt der Europäischen Kommission (18. März 1999)

Quelle: Web-Archiv - Fischer: "Erklärung der Bundesregierung zum Stand der Agenda 2000 nach dem Rücktritt der Europäischen Kommission". [ONLINE]. [Berlin]: Auswärtiges Amt, [05.11.2004]. Disponible sur http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/presse_archiv?archiv_id=747.

Urheberrecht: (c) Auswärtiges Amt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_der_bundesregierung_zum_stand_der_agenda_2000_nach_dem_rucktritt_der_europaischen_kommission_18_marz_1999-de-4c3293db-865b-461c-9526-349c0adba9d9.html

Publication date: 03/07/2014

Erklärung der Bundesregierung zum Stand der Agenda 2000 nach dem Rücktritt der Europäischen Kommission abgegeben durch den Bundesminister des Auswärtigen Joschka Fischer im Deutschen Bundestag in Bonn am 18. März 1999

In einer Woche werden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union über die Agenda 2000 und d.h. über zentrale Reformen der finanziell wichtigsten Aufgabenbereiche der EU zu entscheiden haben, über Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Strukturpolitik und des Beitragssystems sowie über den künftigen Finanzrahmen der Union für den Zeitraum zwischen den Jahren 2000 - 2006. Insgesamt reden wir über eine Größenordnung von um die 600 Mrd. Euro.

Für alle Beteiligten geht es dabei um massive nationale Interessen und um sehr viel Geld. Entscheidend ist jedoch die politische Bedeutung der Agenda 2000 für die Zukunft Europas. Mit einem erfolgreichen Abschluß in Berlin würde eine der beiden entscheidenden Hürden für die Osterweiterung der EU aus dem Weg geräumt. Dies wäre ein Signal an die Beitrittsländer, daß sich die EU ernsthaft auf ihre Aufnahme vorbereitet und für sie zugleich ein Ansporn, auf Reformkurs zu bleiben. Ein Scheitern in Berlin würde dagegen den Zeitplan der Erweiterung gefährden. Dies wollen und dürfen wir keinesfalls zulassen! Die Erweiterung ist nach der erfolgreichen Einführung des Euro das wichtigste Zukunftsprojekt der Europäischen Union und die Bundesregierung wird alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Ziel schnellstmöglich zu erreichen. Zudem liegt die Erweiterung der EU nicht nur im europäischen, sondern vor allem auch im deutschen Interesse.

Noch mehr steht auf dem Spiel: Eine Einigung über die Agenda 2000 wäre ein notwendiges Signal an unsere Bürgerinnen und Bürger, daß die EU handlungsfähig bleibt. Damit wir die Zustimmung der Menschen zu Europa erhalten, müssen wir ihnen beweisen, daß die EU zu Reformen und zu einer vernünftigen Haushaltspolitik in der Lage ist. Wenn die EU gerade in der jetzigen Lage, nach dem Rücktritt der Kommission, ihre Hausaufgaben nicht löst, würde sie sich als handlungsunfähig und politisch zerrissen darstellen und dies würde zu einem Rückfall in nationale Eigensucht führen.

Meine Damen und Herren,

Der Rücktritt der EU-Kommission stellt eine schwere Belastungsprobe für die laufenden Europa-Geschäfte dar. Die Kommission hat mit ihrem Rücktritt die politische Verantwortung für die in dem Bericht der "Unabhängigen Sachverständigen" erhobenen Vorwürfe übernommen. Dieser Schritt verlangt Respekt. So bedauerlich dieser präzedenzlose Vorgang ist – er zeigt doch auch, daß sich in Europa langsam, aber stetig eine europäische Öffentlichkeit und eine Stärkung der parlamentarischen Demokratie innerhalb der EU Institutionen herauszubilden beginnt – und das muß man begrüßen.

Von überragender Bedeutung ist es jetzt, sicherzustellen, daß der Abschluß der Agenda 2000 auf dem Berliner Gipfel nicht gefährdet wird. In der gegenwärtigen Situation wäre es ein verheerendes Signal für die Handlungsfähigkeit Europas, die Agenda auszusetzen. Das ist auch die Meinung meiner EU-Kollegen, mit denen ich hierüber in engstem Kontakt stehe. Gerade jetzt braucht Europa dringender denn je den Erfolg bei der Reform seiner Finanzverfassung!

Der Vorschlag aus der bayerischen Staatskanzlei und der CSU, von den Herren Huber, Stoiber und Glos, den ER Berlin abzusagen, ist nicht nur europafeindlich und verantwortungslos, er ist auch der Versuch, der deutschen EU-Präsidentschaft in einer wirklich entscheidenden Phase für unser Land in den Rücken zu fallen, und zwar aus allzu durchsichtigen innenpolitischen Gründen. Eine Verschiebung, die schon vorher von dem bayerischen Ministerpräsidenten gefordert wurde, ist keine reale Option, sie hätte nur Nachteile und die Kompromißstruktur würde auch zu einem späteren Zeitpunkt dieselbe bleiben. Die Bundesregierung wird sich deshalb weiterhin gemeinsam mit ihren EU-Partnern mit großem Nachdruck für eine Einigung in Berlin einsetzen.

Die Kommission bleibt zunächst noch im Amt. Das ist notwendig, um einen stabilen Übergang zu sichern. Angesichts des gravierenden Glaubwürdigkeitsproblems, das die Kommission jetzt hat, wird die Bundesregierung aber darauf drängen, möglichst schnell einen neuen Kommissionspräsidenten zu

nominieren, der dann eine neue Kommission zusammenstellen soll. Allerdings bedarf die Lösung dieser Frage einer Zustimmung aller Partner.

Meine Damen und Herren,

Unsere Präsidentschaftsrolle verlangt uns einen schwierigen Balanceakt ab. Wir tragen in einer entscheidenden Phase Verantwortung für die Zukunft Europas. Deutschland vertritt, wie die anderen Partner auch, mit Festigkeit seine legitimen Interessen und wir werden dies auch weiter tun. Unser Ziel ist eine faire, gleichgewichtige Gesamtlösung, bei der es keine Gewinner und keine Verlierer gibt.

Konkret geht es in Berlin um drei Elemente, die in einem ausgewogenen Gesamtpaket enthalten sein müssen:

1. Eine Reform der Agrarpolitik und eine Senkung der Agrarausgaben, die durch die Erweiterung und die bevorstehende WTO-Runde unausweichlich geworden sind. Die Gemeinsame Agrarpolitik muß durch die Reform auf mehr Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet werden. Für uns ist insbesondere wichtig, daß die Interessen der deutschen Bauern in Ost und West gewahrt bleiben. Und das ist beim Kompromiß des Agrarrats vom 11. März der Fall.

2. In der Strukturpolitik eine Effizienzsteigerung und eine Konzentration auf die strukturschwächsten und förderungsbedürftigsten Regionen, mit höheren Mitteln auch für die deutschen Ziel 1- Regionen – das sind die Neuen Bundesländer - und einer ausreichenden Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Auswahl der Ziel 2 - Gebiete, bei uns die alten Bundesländer. Außerdem brauchen wir angemessene nationale Spielräume für eine eigenständige Regionalpolitik in den Mitgliedstaaten.

3. Eine fairere Lastenteilung in der EU. Es ist für die Bundesregierung ein wesentliches Ziel, die Ungerechtigkeiten beim deutschen Nettosaldo zu korrigieren. Es kann nicht so bleiben, daß ein einziger Staat 60 % des Nettotransfers in der EU bestreitet, das erkennen auch unsere Partner an. Wir müssen hier aber mit Realismus und Augenmaß vorgehen. Deutschland wird auch weiterhin größter Nettozahler bleiben. Entscheidend ist, daß wir eine gerechtere Lastenteilung erreichen, was angesichts der notwendigen Zustimmung unserer Partner alles andere als einfach sein wird.

Die CDU/CSU hat für die Bundesregierung eine sogenannte "Meßlatte" aufgestellt – die Rückführung des deutschen Nettosaldos um 7 oder, bei Herrn Stoiber, sogar um 14 Mrd zu erreichen, u.a. über eine 50 %ige Kofinanzierung in der Agrarpolitik -, obwohl sie genau wußte, wie sich inzwischen auch gezeigt hat, daß mit Frankreich, unserem wichtigsten Partner, dies nie und nimmer zu machen ist. Diese Forderungen sind schlicht unreal, hier zeigt sich, wider besseres Wissen, ein Hang zu einem verantwortungslosen Populismus, der zudem Deutschlands Stellung in Europa und damit unsere wichtigsten Interessen schädigen wird.

Jeder weiß, daß die heutige Nettozahler-Situation auf dem ER 1992 in Edinburgh unter tätiger Mitwirkung von BK Kohl und des seinerzeitigen CSU-Vorsitzenden und Finanzministers festgelegt wurde. Das eigentlich Widersprüchliche und Doppelzüngige ist aber, daß die Opposition einerseits öffentlich eine schnelle Osterweiterung befürwortet, wie kürzlich Herr Stoiber in Budapest, aber gleichzeitig einer Verschiebung der Agenda 2000 das Wort redet und daß sie weniger an Brüssel zahlen will, zugleich aber mehr für die bayerischen Bauern fordert. Das ist keine Milchmädchenrechnung, das ist bewußte Irreführung und eine zutiefst unhistorische, gegenüber unseren Partnern in Mittel- und Osteuropa in hohem Maße undankbare und verantwortungslose Haltung!

Das eigentliche Gravierende ist aber, daß die CDU/CSU, die 50 Jahre lang Europapartei par excellence war, mit ihren unrealistischen Forderungen immer mehr von ihrem europäischen Credo abrückt und damit letztlich auch die für Deutschland und Europa überragende Bedeutung unserer Partnerschaft mit Frankreich in seinem Kern aus innenpolitischen Gründen und wider besseres Wissen bedenkenlos in Frage stellt.

Meine Damen und Herren,

am vergangenen Wochenende haben wir auf dem informellen Treffen der EU-Außenminister in Reinhartshausen substantielle Fortschritte erzielt. Die Aussichten für eine Lösung in Berlin haben sich damit verbessert, allerdings liegt noch ein erhebliches Stück Arbeit vor uns.

- In Reinhartshausen und auch auf dem ECO-FIN Rat am Montag ist es gelungen, das auf dem Agrarministerrat am 11. März vereinbarte Kompromißpaket über die Eckwerte einer substantiellen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zusammenzuhalten. Damit ist in einem wichtigen, bislang kontroversen Teilbereich der Agenda 2000 eine Lösung in Sicht.

Für die Aushandlung dieses nicht einfachen Kompromisses gebührt dem Kollegen Funke aller Dank und alle Anerkennung. Der Kompromiß ist ein wichtiger Schritt in Richtung Markt- und Umweltorientierung sowie einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft. Wir hätten uns eine weiterführende Lösung gewünscht, aber hierfür war bei einigen Partnern kein Konsens zu erzielen. Die erzielte Einigung ist ein für alle akzeptabler Kompromiß, der nahe an unserem Ziel der realen Konstanz von 40,5 Mrd. Euro im Jahresmittel für die sieben Jahre zwischen 2000-2006 liegt. Mehrere Partner sind der Auffassung, daß weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Ziel zu erreichen, ohne das Kompromißpaket allerdings wieder in Frage zu stellen.

- Licht am Ende des Tunnels gibt es auch bei den Strukturfonds. Alle Komponenten für einen Kompromiß liegen jetzt auf dem Tisch, allerdings sind noch schwierige Fragen zu lösen.

In der EU zeichnet sich die Bereitschaft ab, auch die Strukturausgaben einschließlich der Kohäsionsfonds für die Zeit bis 2006 auf einen Wert zwischen 190 und 216 Mrd Euro zu stabilisieren. Der exakte Wert muß noch festgelegt werden. Das gegenwärtige Niveau der pro-Kopf-Förderung soll beibehalten werden. Grundsätzlich soll auch für EURO-Teilnehmer, sofern ihr BSP pro Kopf unter 90 % des EU-Durchschnitts liegt, das Weiterlaufen des Kohäsionsfonds akzeptiert werden. Über deren Mittelausstattung muß allerdings noch entschieden werden, wobei nach Meinung einer Reihe von Partnern die ökonomischen Fortschritte der Kohäsionsländer – die sogenannte "reale Konvergenz" – berücksichtigt werden müssen. Es zeichnet sich zudem eine Konzentration bei den Förderzielen und eine Reduzierung der Zahl der Gemeinschaftsinitiativen ab. Dies sind wichtige Beiträge zur Steigerung der Effizienz, die in Deutschland insbesondere der ostdeutschen Wirtschaft zugute kommen werden.

- Wir sind uns einig in der EU, daß eine Stabilisierung der Ausgaben und eine disziplinierte Haushaltsführung vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage der nationalen Haushalte dringend geboten sind. Das Prinzip der realen Konstanz ist inzwischen weitgehend anerkannt. Und auch über die Beibehaltung der gegenwärtigen Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP sowie über eine klare Trennung der Ausgaben für die 15 von den für die Erweiterung bestimmten Mitteln besteht weitgehendes Einvernehmen. Die künftigen Ausgaben werden damit unter den ursprünglichen Kommissionsansätzen liegen. Das ist vor dem Hintergrund enormer Haushalts-Steigerungen in der Vergangenheit keineswegs selbstverständlich. Die Einsicht, daß den Bürgerinnen und Bürgern ein "weiter so" nicht mehr zu vermitteln wäre, hat sich durchgesetzt.

Die meisten offenen Fragen gibt es noch bei der Reform des Eigenmittelsystems, also den eigenen Einnahmen der EU. Hier zeichnet sich eine generelle Bereitschaft zur Änderung des Eigenmittelbeschlusses ab 2002 im Rahmen eines ausgewogenen Gesamtkompromisses ab. Es wird u.a. weiter über den Ersatz der MWSt- durch BSP-Eigenmittel verhandelt, durch die die Zahlungen stärker an die Wirtschaftsleistung geknüpft würden, - das deutsche Nettosaldo würde sich dadurch verringern - sowie über höhere Pauschalen bei der Erhebung der traditionellen Eigenmittel (Zölle und Agrarabschöpfungen), über eine Anpassung des Großbritannien-Rabatts und schließlich auch über einen allgemeinen Korrekturmechanismus als Sicherheitsnetz für die Nettozahler.

Für uns kommt es darauf an, in Berlin unserem Ziel eines faireren Lastenausgleichs näherzukommen und eine fallende Kurve beim Nettosaldo einzuleiten.

Meine Damen und Herren,

Bundeskanzler Gerhard Schröder bereist in dieser Woche die Hauptstädte unserer Partner, um Möglichkeiten einer weiteren Positionsannäherung auszuloten. Am 21. März werden die Außenminister auf ihrem Konklave in Brüssel den Stand noch einmal beraten. Und dann am 24./25. März werden die Staats- und Regierungschefs zum Sonder-ER in Berlin mit dem Ziel einer politischen Einigung über ein Gesamtpaket zur Agenda 2000 zusammenkommen.

Die Chancen dafür stehen mittlerweile Dank der geleisteten Arbeit der Präsidentschaft alles andere als schlecht. Aber zu einem guten Ergebnis werden wir nur kommen, wenn jeder seinen Beitrag zu dem notwendigen Kompromiß leistet. Ich bin zuversichtlich, daß es in Berlin gelingen wird, trotz der noch offenen Einzelfragen eine faire und ausgewogene Lösung zu erzielen. Allerdings ist vor überzogenen Erwartungen zu warnen. Es ist immer ein Zeichen für einen guten Kompromiß, daß mit ihm keiner so richtig glücklich ist, aber auch niemand in ihm eine nationale Katastrophe sieht. So wird es auch in Berlin sein.

In Berlin geht es für Europa um sehr viel. Eine umfassende Lösung der Agenda 2000 wäre die bedeutendste Finanzreform der EU seit ihrer Gründung und mit ihr würde ein wesentliches, noch bestehendes Hindernis für die baldige Aufnahme der Beitrittskandidaten beseitigt.

Ich fordere den Deutschen Bundestag deshalb auf, die Bundesregierung bei ihrem Bemühen um einen erfolgreichen Abschluß der Agenda 2000 in Berlin zu unterstützen. Ich appelliere insbesondere auch an die Opposition, die Ziele der Bundesregierung für den Europäischen Rat zu unterstützen, anstatt sie durch unerfüllbare Forderungen zu konterkarieren und Zweifel an der integrationspolitischen Haltung Deutschlands zu wecken.

Die CDU/CSU sollte nicht vergessen: Deutschland verdankt Europa unendlich viel. Unser Land ist der große Gewinner des europäischen Integrationsprozesses. Die Bürden unserer Mittelage wurden im Integrationsprozeß aufgelöst; die Wiedervereinigung wäre ohne die Zustimmung unserer europäischen Partner nicht möglich gewesen. Das "Ja" zu Europa war über Jahrzehnte demokratischer Grundkonsens in Deutschland. Jetzt unsere europäischen Bindungen zu lockern, wäre ein Irrweg und ein gefährlicher Schritt nach hinten, der nicht nur Europa, sondern vor allem uns selbst beschädigen würde. Wir sollten deshalb alles tun, um den jahrzehntelangen europapolitischen Grundkonsens in Deutschland zu bewahren.

Meine Damen und Herren,

Die Vollendung der europäischen Integration ist die große Aufgabe, die jetzt, nach dem Ende des Kalten Krieges und zu Beginn des nächsten Jahrtausends vor uns liegt und die wir praktisch zu bewältigen haben. Deutschland wird dabei eine entscheidende Rolle zukommen. Unser Land kann sich einen Rückzug aus seiner europapolitischen Verantwortung nicht erlauben, denn wir würden uns damit nur selbst schädigen. Nach der Einführung des Euro müssen wir jetzt die nächste historische Herausforderung auf dem Weg zur europäischen Einheit bewältigen, nämlich die Osterweiterung der EU. Die Agenda 2000 ist dafür eine unumgängliche Voraussetzung und deswegen kommt dem Erfolg des ER in Berlin eine so große Bedeutung zu. Gemeinsam mit den danach anzupackenden institutionellen Reformen gehört eine erfolgreiche Reform der Finanzverfassung und -verteilung der EU zu den jetzt zu lösenden Aufgaben, um das gemeinsame Europa, um die politische Union wirklich zu schaffen.

Die Bundesregierung weiß sich, wie alle ihre Vorgängerregierungen in der Bundesrepublik Deutschland, dieser historischen Herausforderung verpflichtet und wird deshalb alles in ihrer Kraft Stehende tun, um den Europäischen Rat in Berlin zum Erfolg zu führen.